



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Wohnungen als Pfand?

Im Althochdeutschen wurde der heutige Begriff Pfand als *gisa* bezeichnet. Davon stammt auch der Begriff Geisel ab. „Pfand ist die Forderung oder ein Recht im Eigentum einer bestimmten Person. Im Recht ist es der Gegenstand eines Sicherungsgebers, der vorübergehend bei einem Nehmer als Sicherheit für etwas verbleibt, das der Geber diesem Nehmer schuldet.“

Um das Kauderwelsch der Juristen verständlich zu machen, ist ein Pfand eine Sache, die erst nach Bezahlung einer Schuld zurückgegeben wird. Wenn also eine Wohnbaugesellschaft den Wohnungsbau von der Bedingung abhängig macht, dass zuerst eine Autobahn gebaut werden muss, dann behält sie sich den Bau dieser Wohnung sozusagen als Pfand vor.

Allerdings hält so ein Vorbehalt nur dann rechtmäßig stand, wenn seine Begründung auch fachlich solide nachvollzieh- und beweisbar ist.

Schon die historischen Erfahrungen der Stadt Wien sprechen dagegen. Zwischen 1870 und 1910 hatte die Stadt bis zu 30.000 mehr Menschen städtebaulich verkraftet. Natürlich ohne Autos, aber warum soll ein Leben ohne eigenes Auto in Wien heutzutage undenkbar sein?

Der Vorbehalt wird auch durch aktuelle Entwicklungen in Wien widerlegt. Vor allem in den Bezirken rechts der Donau finden auch ohne neue Straßen mehr Menschen ein Zuhause. Das deshalb, weil deren Motorisierungsgrad rückläufig ist.

Es ist verkehrsplanerisch widerlegt, weil sich für diesen 3,2 km langen Autobahnfortsatz keine Nachfrage beweisen lässt.

Es ist klimapolitisch widerlegt, weil der Bau und der Betrieb zur Erhöhung klimaschädigender Treibhausgase in Wien und dem Umland führen.

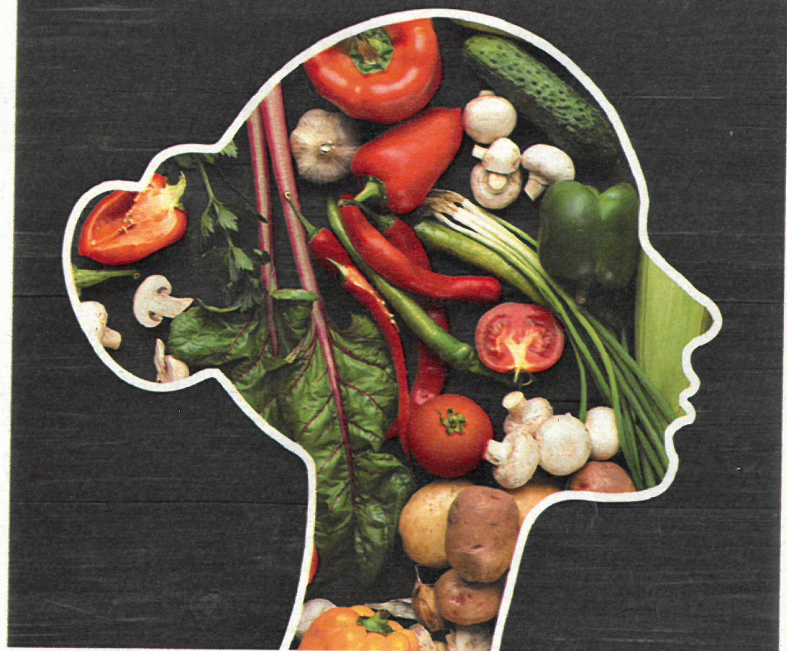
Es ist sozial widerlegt, weil eine Autobahn im städtischen Umfeld ein asozialer Akt gegen die Menschen ist. Im Jahr 1972 hat das die Wiener Stadtregierung noch erkannt und die Autobahnprojekte am Gürtel und Donaukanal gestoppt.

Außerdem gibt es keine verkehrsträgerübergreifende Grundlage für eine rechtlich tragfähige Entscheidung.

Damit ergibt sich die Frage nach der „Behördenaufgabe“, auf die sich die Politik ausredet. Wer ist nun diese Behörde, die das verursacht? Es ist die unter der politischen Regierung tätige Beamten-schaft. Sie ist bekanntlich weisungsgebunden.

Immer mehr verzichten auf Fleisch

Jeder Zehnte hierzulande ernährt sich fleischlos. Der Vegetarier-Anteil hat sich in den vergangenen fünf Jahren fast verdoppelt. Es sind meist die Zustände in der Massentierhaltung, die ihnen das Fleisch auf dem Teller verleiden.



Manche tun es für den Klimaschutz, anderen schmeckt es einfach nicht. Bei den meisten ist es aber die Massentierhaltung, warum sie kein Fleisch mehr essen. In unserem Land verzichten insgesamt elf Prozent auf Fleisch, zwei Prozent sind sogar Veganer. Letztere haben alle Lebensmittel aus tierischem Ursprung vom Speiseplan gestrichen. Vegetarier hingegen essen teils noch Milchprodukte oder Eier.

Einer davon ist der Tier-schützer Martin Balluch vom „Verein gegen Tierfabriken“

(VGT). „Ich lebe seit 1982 vegetarisch und seit 1989 vegan“, erzählt der 57-jährige. „Beides wurde ich, weil ich das Tierleid im Zusammenhang mit Tierprodukten gesehen habe.“

Fleisch auf dem Teller ist für ihn moralisch nicht vertretbar. „In unserer Gesellschaft haben wir die Möglichkeit, ohne Tiere zu essen, zu leben.“ Wenn es jemand trotzdem tun will, „dann aus Gründen des Geschmackserlebnisses. Wir haben also auf der einen Seite den Wunsch des Menschen, ein gewisses Geschmackser-